



H+I – Der Schwyzer Wirtschaftsverband



AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident

Andreas Kümin
Mc PaperLand
Mühlenerstrasse
8856 Tuggen
Tel. 041 465 66 66
Fax 041 465 66 67
andreas.kuemin@mcpaperland.ch
www.mcpaperland.ch

H+I-Geschäftsführer

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Schützenstrasse 2
Postfach 618
6431 Schwyz
Tel 041 820 34 44
Fax 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Partner für alle Finanzfragen

Schwyzner Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3
Postfach 263
6431 Schwyz
Tel. 058 800 20 20
kundenzentrum@szkb.ch
www.szkb.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth-Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann
Tel. 079 420 27 58
axa@kconsult.ch

Gesamtverantwortung

Koordination und
Abschlussredaktion:
Wehrli Schuler und Partner AG,
Schwyz
Tel. 041 818 80 90
www.wspartner.ch
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin Spühler AG,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georges Kaufmann
G. Kaufmann + Sohn
Rietbrunnenstrasse 15
8808 Pfäffikon
Tel. 079 420 27 58
axa@kconsult.ch

Indexe

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise.html>

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4–7
CH	
Themen.....	8–10
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Weichen in der Altersvorsorge heute stellen	11

Radikale Lösungen für Parterrenutzungen



Elio Vanoli

Es wird zunehmend anspruchsvoller, ein Detailhandelsgeschäft im Dorfzentrum zu betreiben. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Einerseits nimmt der Druck aus dem Onlinehandel stetig zu, andererseits steigt die Tendenz, Parkplätze im Zentrum zu streichen oder verkehrsberuhigende Massnahmen zu ergreifen.

Küssnacht am Rigi steht beispielsweise vor einem grossen Umbruch. Mit der Südumfahrung wird der Dorfkern vom Durchgangsverkehr entlastet. Die Wohnqualität wird im Zentrum zweifelsohne gesteigert. Gleichzeitig sinken jedoch auch die Passanten-Frequenzen, was Einbussen des Detailhandelsumsatzes befürchten lässt. Ein beliebtes Gegenargument ist, dass qualitativ gute Detailhändler nicht auf diese Frequenzen angewiesen sind und auch dem Onlinehandel die Stirn bieten können. Das mag in einzelnen Fällen stimmen. Dass es jedoch selbst in grösseren Städten schwieriger geworden ist Detailhandelsflächen zu vermarkten, lässt aufhorchen.

In diesem Zusammenhang erscheint der Lösungsansatz von Fredy Hasenmaile, Managing Director Credit Suisse, sehr interessant zu sein. Er warnt davor, den anstehenden Strukturwandel zu unterschätzen. Die Zukunft kommt mit sehr viel weniger Retail-Fläche aus. In den USA und in England kam es unlängst zu einer beispiellosen Schliessungswelle

von Einkaufsläden. In diesen Ländern hat der Onlinehandel bereits mehr als 15% des gesamten Detailhandelsumsatzes erobert. Erodierende Frequenzen bewirken bei angrenzenden Detailhändlern Umsatzrückgänge, was weitere Geschäftsaufgaben oder Wegzüge zur Folge haben kann. Somit wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt. Gemäss Fredy Hasenmaile können nur radikale Lösungen das Steuer noch rechtzeitig herumreissen. Grundeigentümer sollen sich zu lokalen Verbänden zusammenschliessen, um ein zentrales, aktives Management der Parterreflächen zu ermöglichen. So liessen sich Mietermix, Gastro-Konzept, Eventmarketing usw. gezielt aus einer Hand steuern. Die öffentliche Hand wiederum könnte mit dem Abbau regulatorischer Hemmnisse der Kreativität von Detailhändlern und Gastrobetrieben mehr Spielraum gewähren. Öffentliche Anlaufstellen wie das Passbüro oder Bibliotheken sollten zudem nicht im Niemandsland stehen, sondern dort, wo sie mit ihrer Kundschaft zur Belebung des Standortes beitragen.

So weit, so gut. Der negative Effekt der eingeschränkten Entscheidungssouveränität der Grundeigentümer sowie die Frage, wie mit den unterschiedlichen Mietzinseinnahmen umgegangen wird, dürften meines Erachtens eine sehr grosse Hürde für lokale Verbände darstellen. Es wird jedoch deutlich, dass nur durch das konstruktive Zusammenwirken aller Akteure (Detailhändler, Grundeigentümer, öffentliche Hand, Dorfbewohner, Schutzverbände u.ä.) ein attraktives Dorfleben erhalten werden kann. In Ergänzung zum Lösungsvorschlag von Fredy Hasenmaile bin ich der Meinung, dass zusätzlicher Wohnraum in den Zentren zur Steigerung der Passantenfrequenz beitragen würde. In Anbetracht dieser Entwicklung ist es umso stossender, dass die Verdichtung nach wie vor sehr schleppend vonstattengeht. Es bleibt zu hoffen, dass der übergeordnete konstruktive Austausch aller Akteure stattfindet, bevor der erwähnte Teufelskreis seinen Lauf nimmt.

Mit den besten Grüssen aus Immensee

Elio Vanoli

Vanoli Immobilien Treuhand AG

Pharmariese zieht nach Merlischachen

Das bisher in Lachen domizilierte, global tätige Unternehmen Octapharma AG hat zu wenig Platz und zügelt in den inneren Kantonsteil. Es hat das Grundstück der Räber AG in Merlischachen erworben. Das 1983 gegründete Schweizer Unternehmen plant, dort das neue weltweite Headquarter zu erbauen. Der zu klein gewordene Hauptsitz am Zürichsee wird voraussichtlich im Sommer 2023 an den Vierwaldstättersee verlegt. Damit bleibt das Unternehmen zwar dem Kanton Schwyz erhalten, die Gemeinde Lachen verliert jedoch einen seiner besten Steuerzahler. Octapharma zählt weltweit zu den grössten Herstellern von Arzneimitteln mit menschlichen Proteinprodukten als Wirkstoff. Das Unternehmen widmet sich der Entwicklung und Herstellung von menschlichen Proteinen aus menschlichem Plasma und menschlichen Zelllinien. Der Betrieb mit rund 8300 Mitarbeitenden realisierte im vergangenen Jahr Umsatzerlöse von gegen zwei Milliarden Franken. 2018 belief sich der Betriebsgewinn auf 380 Millionen Franken. Die Octapharma ist in 115 Ländern tätig. Mit dem Umzug von Lachen nach Merlischachen entstehen in der Region Küssnacht auf einen Schlag 250 neue Arbeitsplätze. Die Firma beschäftigt in Lachen heute bereits 130 Mitarbeitende. In Merlischachen kommen dann nochmals 120 Stellen dazu. Die Firma Räber ihrerseits plant einen Umzug in einen Neubau von Merlischachen, ins Küssnacher Industriegebiet Fänn.

Schwyzer Erfindung vor dem Durchbruch auf dem Weltmarkt

Der Brunner Josef Scherer hat zusammen mit der Empa den memory-steel entwickelt, der in Seewen produziert wird. Bereits jetzt ist das internationale Interesse gross. Das Produkt der re-fer AG hat grosses Potenzial, den Weltmarkt zu erobern. Mit dem speziellen Memory-Baustahl können Bauwerke einfach verstärkt werden. «Tragende Wände oder Stützen können beispielsweise entfernt werden, ohne dass Deformationen und Risse am Bauwerk entstehen», erklärt Scherer. Auch in die Jahre gekommene Brücken, historische Bauten und vor allem von Erdbeben bedrohte Gebäude können mit diesen Spezial-Stahlbändern stabilisiert werden. Das Potenzial haben auch der Bund, die EU und andere Staaten erkannt. Von Anfang an ist die Empa, die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt, in die Entwicklung des memory-steels und in das Start-up-Unternehmen involviert. Sämtliche Rechte

an den Patenten sind aber bei der re-fer AG. Zurzeit werden am Pilotmarkt Schweiz erste Erfahrungen mit der neuen Technologie gesammelt. Sobald die Zulassung vorliegt, soll international expandiert werden. Das Werk für den EU-Raum ist in Deutschland im Aufbau. Für den späteren Markt in Asien sowie Übersee wurden bereits mehrere Distributoren-Verträge unterzeichnet. «In Seewen werden in den nächsten Jahren voraussichtlich zehn bis zwanzig Arbeitsplätze entstehen», prognostiziert Scherer.

Schwyzer Kryptowährung vor Lancierung

Die Unity Investment AG mit Sitz in Schindellegi geht im Handel mit Kryptowährungen neue Wege: Der in Ausserschwyz entwickelte Unity-Token steht kurz vor der Marktreife. Etwa Mitte August kann der Unity-Token gekauft, verkauft oder gegen andere Währungen getauscht werden. Dahinter steckt ein weltweit einzigartiger «Mining-Token». Der Unterschied zwischen Unity-Token und beispielsweise Bitcoin oder Ether ist, dass das investierte Geld in der Mining-Hardware steckt. Kunden, die sich in die Rechenleistung der Mine einkaufen, erhalten als Gegenwert Tokens. Im «tiefsten Kryptowinter» zwischen Januar und Mai sammelte die Unity Investment AG mehr als neun Millionen Franken. «Heute sind wir eine der grösseren Minen in Europa», sagt CEO Sean Prescott. 85 Prozent der Investoren stammen aus der Schweiz, viele davon aus der näheren Umgebung. Die Unity wird in Kürze die Crypto Lawyers GmbH in die Konzerngruppe aufnehmen. Die Firma bereitet ausserdem die internationale Expansion vor.

Raiffeisenbank Region linker Zürichsee baut Geschäftsstellennetz um

30 Prozent weniger Schalterbewegungen innert dreier Jahre, dafür 25 Prozent mehr Zahlungsaufträge via e-Banking: Die Raiffeisenbank Region linker Zürichsee baut ihr Geschäftsstellennetz um. Die Geschäftsstellen Tuggen und Galgenen werden aufgehoben, dafür entsteht in Siebnen ein neues Beratungszentrum. Die Suche nach einer Liegenschaft an attraktiver Lage wurde eingeleitet. Bis Mitte 2020 wird auch die Geschäftsstelle in Schindellegi aufgehoben; die Beratungsaktivitäten und Safes werden nach Wollerau verlagert. Schliesslich werden die Geschäftsstellen in Pfäffikon, Wollerau und Horgen ab 2020 modernisiert und wie bereits die Geschäftsstelle in Lachen in Beratungsbanken umgebaut. «Mit der anstehenden Anpassung des Geschäftsstellennetzes soll die Grund-

lage geschaffen werden, um den heutigen und künftigen Bedürfnissen der Kunden noch besser gerecht zu werden und gleichzeitig ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben», heisst es in einer Medienmitteilung. Die Umstrukturierung hat laut Verwaltungsratspräsident Daniel Eggler keinen Einfluss auf die Anzahl der Mitarbeitenden. Die Bankengruppe beschäftigt derzeit 60 Angestellte.

Die Auto AG Schwyz präsentiert solide Zahlen

Die Auto AG Schwyz stellt den öffentlichen Busbetrieb im innern Kantonsteil sicher. Derzeit ist einiges in Bewegung. Mitte Juni stand eine komplexe Fahrplanumstellung mit zusätzlichen Kursen und höheren Taktdichten an – bedingt durch die Sperrung der Zugersee-Ost-Linie der SBB. Derzeit ist die Sanierung des Firmensitzes in Ibach im Gang, im Sommer erfolgte der Baustart für die Busdepot-Erweiterung. Es braucht fünf neue Gelenkbusse, um der vom Kantonsrat beschlossenen Angebotserweiterung im Rahmen des Grundangebots 2020–2023 gerecht zu werden. Zwölf neue Chauffeure stossen zum Team. Hinzu kommt, dass im Hintergrund die ersten Schritte weg vom Verbrennungsmotor hin zum Elektrobus aufgegleist werden. So soll ab 2021 eine Linie versuchsweise ausschliesslich mit Elektrobussen betrieben werden. 2018 waren die Passagierzahlen erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Dieser Rückgang wirkte sich aufs Ergebnis aus: Der Ertrag sank um rund 125'000 Franken auf 17,2 Millionen Franken, der Gewinn verringerte sich um 50 000 Franken. Trotzdem ist die Auto AG mit einer Eigenkapitalquote von 61 Prozent ein finanziell gesundes Unternehmen. Sie beschäftigt 121 Mitarbeitende (104,3 Vollzeitstellen).

Weniger Lernende als im Vorjahr

Anfang August begann für Hunderte Jugendlicher der Berufsalltag – und dennoch bleiben viele Lehrstellen frei. Gesamthaft 1099 neue Lernende, 51 Auszubildende und damit 4,6 Prozent weniger als im Jahr 2018 haben im Kanton Schwyz ihre Lehre begonnen. Während in den letzten Jahren vor allem Berufe mit speziellen Arbeitszeiten oder solche, die bei jeder Witterung draussen ausgeübt werden müssen, rückläufig waren, zeichnet sich nun auch in den beliebtesten Lehrbranchen, wie etwa der kaufmännischen Grundausbildung, ein Rückgang ab.

Natur- und Tierpark Goldau mit Rekordjahr

2018 ist ein eigentliches Rekordjahr für den Tierpark Goldau. «Das Betriebsjahr 2018/19 geht in die

Geschichte ein», freut sich Tierparkdirektorin Anna Baumann, zusammen mit Silvio Herzog, Präsident der Verwaltungskommission. Mit 438'000 Gästen konnte der Tierpark noch nie zuvor so viele Besucher empfangen. Hauptgrund für dieses gute Ergebnis war der lange und schöne Sommer des letzten Jahres. Der Betriebsertrag konnte von 10,3 auf 11,8 Millionen Franken gesteigert werden. Entsprechend fällt das Betriebsergebnis aus. Musste im Vorjahr ein Minus von 3,2 Millionen Franken verzeichnet werden, resultiert nun ein Plus von 1,8 Millionen Franken. «Genau zum richtigen Zeitpunkt», freut sich Anna Baumann über das Resultat. Es sei eine Steilvorlage für die Grossinvestition, welche sich der Tierpark mit dem Neubau des Eingangsbereiches vorgenommen hat. Dieser soll bis im Jahr 2023 fertig sein. Das bisher in einem separaten Gebäude untergebrachte Bergsturmuseum wird im Neubau untergebracht und neu konzipiert. Zusätzlich wird eine interaktive Ausstellung zum Wunder der Artenvielfalt sowie zum Tier- und Artenschutz realisiert.

Südostbahn steigerte Verkehrsertrag

Die Schweizerische Südostbahn (SOB) steigerte den Verkehrsertrag 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent auf 53,6 Mio. Franken. Vor allem der «Voralpen-Express», der durch den Kanton Schwyz führt, und die Linie «Ringzug S4» von St. Gallen nach Appenzell haben massgeblich zu diesem guten Ergebnis beigetragen. 13,4 Mio. Fahrgäste reisten letztes Jahr mit der «Schwyzer Staatsbahn». Der regionale Personenverkehr bezog mit 53,5 Mio. Franken rund 5 Mio. Franken weniger Abgeltung von der öffentlichen Hand als im Vorjahr. Der Jahresgewinn ist im Vergleich zum Vorjahr auf 20,8 Mio. Franken gestiegen. Per 30. Juni 2018 wurde die Sanierung der Pensionskasse erfolgreich abgeschlossen. Restliche Rückstellungen im Umfang von 3,6 Mio. Franken flossen so in die Kasse zurück.

Bahnen auf dem Stoos fusionieren

Seit 2009 ist die Stoosbahnen AG Hauptaktionärin der Luftseilbahn Morschach-Stoos AG. Nun fusionieren die beiden Bahnen. Da die Luftseilbahn Morschach-Stoos AG kein Personal mehr beschäftigt hat und sämtliche Aktivitäten durch die Stoosbahnen AG wahrgenommen wurden, war die Aufrechterhaltung der Luftseilbahn Morschach-Stoos Aktiengesellschaft lediglich eine administrative Angelegenheit, welche durch die Fusion nun wegfallen wird. Am

Betrieb der Luftseilbahn ändert sich nichts. Wie bis anhin wird die Stoosbahnen AG den Betrieb der Luftseilbahn Morschach-Stoos als innergemeindliche Verbindung sicherstellen. Um betriebliche Synergien und Vereinfachungen umzusetzen, mietete die Stoosbahnen AG die Luftseilbahn seit 2009. Weil die Erfahrungen mit der Betriebsgemeinschaft durchwegs positiv waren, konnte die Stoosbahnen AG als zweiten Schritt die Luftseilbahn Morschach-Stoos AG vom Hauptaktionär, der Familie Koch, käuflich erwerben. Dadurch hielt die Stoosbahnen AG über 95 Prozent der Stimm- und Kapitalrechte.

Sattel-Hochstuckli AG investiert 20 Millionen

Der Winter- wie Sommerbetrieb auf dem Hochstuckli soll neue Impulse erhalten, wie an der Aktionärsversammlung der Sattel-Hochstuckli AG am 10. August zu hören war. Als erstes wird noch dieses Jahr die Beschneiungsanlage zwischen Herrenboden und Alp Stuckli erneuert. Zudem soll im Gebiet Herrenboden ein multifunktionaler Weiher für Winter- und Sommerbetrieb erstellt werden. Als weiteres Zukunftsprojekt sieht man auch die Realisierung eines Sesselliftes, womit man vor allem im Sommerbetrieb neue Einnahmequellen schaffen möchte. Als aktuellstes Vorhaben nannte man den Neubau des Berggasthauses Mostelberg. Alle Projekte zusammengerechnet, so stehen in den nächsten Jahren Investitionen von rund 20 Millionen Franken an. Zudem wird das erfolgreiche Tourismusunternehmen ab kommender Wintersaison aus dem Halbtaxverbund aussteigen, den Besitzern solcher Abos aber 20 Prozent Rabatt gewähren.

Spital Einsiedeln mit Rekorddefizit

Die Gegensätze könnten im Jahr 2018 nicht grösser sein: Erstmals verzeichnet das Spital Einsiedeln mehr als 4300 stationäre Patienten. Doch dieser Erfolg verblasst angesichts des Defizits, das mit 7,2 Mio. Franken ebenfalls in neue Dimensionen vorstösst, schreibt der Einsiedler Anzeiger. Interims-Direktor Urs Birchler vertraut aber darauf, dass die eingeleiteten Massnahmen in Kombination mit dem Projekt «Fokus Zukunft» das Spital bis im Jahr 2022 wieder in die Gewinnzone führen werden. Zentraler Punkt sind die Kosteneinsparungen, vor allem beim Personal. Die Zahl der Angestellten wird um 50 verringert. Derzeit kann der finanzielle Verlust noch mit den eigenen Reserven gedeckt werden, doch das Eigenkapital schrumpfte innert Jahresfrist von

12,6 auf 5,5 Mio. Franken. Sinkt es unter Null, muss der Bezirk Einsiedeln dafür aufkommen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Fremdkapital von 45 auf 57 Mio. Franken.

Einsiedeln will Defizitgarantie mit Spital neu verhandeln

Der Bezirksrat Einsiedeln misst dem Spital Einsiedeln eine grosse Bedeutung zu. Entsprechend will er dem Spital Hand bieten, die lokale Grundversorgung zu sichern. Die Unterstützung gliedert sich in drei Stufen: Das bereits gesprochene Darlehen für die neue EDV, die Landkauf-Vorlage, über die am 22. September abgestimmt wird sowie die Ablösung der aus den 1970er-Jahren stammenden Defizitgarantie samt Bilanzsanierung. Letztere ist jedoch nicht Gegenstand der Abstimmung, an welcher der Landkauf abgesehnet werden soll. Allerdings bleibt sie weit vorne in der bezirksrätlichen Agenda, wie Bezirksammann Franz Pirker dem Einsiedler Anzeiger sagte. Er könne sich auch einen jährlichen Fixbetrag anstelle der bisherigen Defizitgarantie vorstellen oder eine Einmalzahlung zur Sanierung der Bilanz des finanziell angeschlagenen Spitals, das auch der wichtigste Arbeitgeber der Region Mitte ist.

Tiefere Steuern bleiben möglich

Die Staatswirtschaftskommission hat den Jahresbericht 2018 des Kantons mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Staatsrechnung 2018 hat bekanntlich mit einem Überschuss von 107,4 Mio. Franken und damit um 95 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Hauptgründe für dieses überraschend positive Ergebnis sind auf der Ertragsseite mehr Steuereingänge und die höhere Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Auf der Einnahmenseite haben nicht ausgelöste Investitionen zu Einsparungen von 13 Mio. Franken geführt, verursacht durch Projektverzögerungen wegen Einsparungen. Die Kommission stimmt mit der Regierung überein, dass die aktuelle Ausgangslage Potenzial für weitere Steuerfussenkungen sowie gezielte Optimierungen und Entlastungen im Rahmen des Berichtes Finanzen 2020 zulässt. Der Regierungsrat will gemäss Versprechen im Frühjahr 2020 aufzeigen, wie der Staatshaushalt unter Wahrung der Standortattraktivität nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden kann. Die Kommission erwartet von der Regierung, dass der Termin vom Frühjahr 2020 eingehalten wird.

Grosse Unterschiede in der Steuerbelastung...

Die Finanzlage der 27 Schwyzer Gemeinden und der 6 Bezirke ist gut bis ausgezeichnet. Im Berichtsjahr der jüngsten Gemeindefinanzstatistik konnten 16 Gemeinwesen ihren Steuerfuss senken. Schon von 2002 bis 2012 befand sich der durchschnittliche Steuerfuss aller Gemeinwesen auf Talfahrt und hat sich von 253 auf 185 Prozent reduziert. Nach einem leichten Anstieg während des kantonalen Finanzengpasses ist der durchschnittliche Steuerfuss seit 2016 wieder gesunken und betrug zuletzt 189 Prozent. Die Unterschiede in der Steuerbelastung sind allerdings gross. Den höchsten Gemeinde-Steuerfuss kannte im Vorjahr Illgau (220 Prozent), die niedrigsten wurden in Wollerau (60), Freienbach und Feusisberg (je 65 Prozent) erhoben. Generell bleibt die Feststellung, dass in mehreren Innerschwyz Gemeinden – den Steuerfuss der Bezirke Schwyz, March und Höfe eingerechnet – ein dreimal so hoher Steuerfuss gilt wie in den Gemeinden Wollerau, Freienbach und Feusisberg. Interessant ist das Beispiel des kleinen Riemenstalden. Es kann ganz gut mit den grossen Finanzriesen mithalten, weil es wenige Investitionen finanzieren muss, geringe Verwaltungskosten hat, ein kleines Budget managt und zudem fast vollständig durch den Finanzausgleich getragen wird. Senkt Riemenstalden den eigenen Steuerfuss zum Beispiel um starke 20 Prozentpunkte, so nimmt die Gemeinde lediglich 7000 Franken weniger ein.

... und in der Steuerkraft

Die deutlichen Unterschiede in der fiskalischen Belastung widerspiegeln sich in der relativen Steuerkraft pro Einwohner. In Feusisberg erreicht ein Einwohner eine Steuerkraft von 8039 Franken, in Wollerau 7536 und in Freienbach 5214 Franken. Im Bezirk Höfe liegt also eine gewaltige Steuerpotenz. Sehr hoch ist die Steuerkraft auch in Altendorf (2452 Fr.), Lachen (2246 Fr.) und in Küsnacht (1954 Fr.). 13 Gemeinden und Bezirke weisen eine Steuerkraft zwischen 1000 und 1500 Franken auf (Alpthal, Oberiberg, Morschach, Gersau, Tuggen, Reichenburg, Wangen, Galgenen, Ingenbohl, Schwyz, Einsiedeln, March, Bezirk Schwyz). Die übrigen Gemeinden liegen darunter. Mit 380 Franken Steuerkraft pro Einwohner bildet das strukturschwache Riemenstalden das Schlusslicht. Der Unterschied zwischen dem steuerkräftigsten Feusisberg und dem schwächsten Riemenstalden beträgt das 21-Fache, zwischen Feusisberg und dem Hauptort Schwyz ist es das Fünffache. Die durchschnittliche

Steuerkraft aller Gemeinden liegt bei 2250 Franken pro Einwohner.

Neun Gemeinwesen sind völlig schuldenfrei

Die meisten Schwyzer Gemeinden und Bezirke haben ihren Kassenschrank gut gefüllt, teils sogar randvoll. Zusammengezählt horten sie ein Eigenkapital von aktuell 411,6 Mio. Franken. Acht Gemeinwesen verfügen sogar über mehr als 20 Mio. Franken in der Kasse, den Rekord hält Freienbach mit 57 Mio. Franken. Die Ausnahme bildet einzig Illgau. Es muss sich mit einem Passivsaldo von 505'000 Franken herumschlagen und diesen in den nächsten Jahren etappenweise abbauen. Aussagekräftiger ist die Kennzahl der Nettoschuld, gemessen an der Grösse gemäss Einwohnerzahl. Hier bewegen sich einzig die beiden Gemeinden Illgau und Morschach in einer kritischen Grössenordnung. Umgekehrt sind acht Gemeinden (Steinen, Oberiberg, Alpthal, Riemenstalden, Altendorf, Wollerau, Feusisberg, Freienbach) und der Bezirk Höfe faktisch schuldenfrei. Sie weisen ein grösseres Finanzvermögen aus als sie Fremdkapital aufgenommen haben. Den Rekord hält Feusisberg, das pro Einwohner ein Nettovermögen von 5474 Franken ausweisen kann.

Höfe stemmt den Finanzausgleich praktisch im Alleingang

Mit 52 Mio. Franken kommen auch nächstes Jahr praktisch die gesamten Zahlungen in den innerkantonalen Finanzausgleich aus den Höfen. 43 Mio. speisen die Gemeinen ein, der Bezirk zahlt 9 Mio. Franken, wie das Finanzdepartement mitteilt. Das sind insgesamt lediglich 800'000 Franken weniger als im laufenden Jahr. Die einzige weitere Gebergemeinde im Kanton ist Altendorf, die 2020 einen Beitrag von 26'000 Franken leisten muss. Vom Finanzausgleich profitieren 23 Nehmergemeinden, vorwiegend im inneren Kantonsteil.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, Einsiedler Anzeiger, Höfner Volksblatt, March Anzeiger und der Schweizerischen Depechenagentur (sda) zusammengestellt.

Entscheidende Dossiers für zukünftige Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Am 20. Oktober dieses Jahres finden die Gesamterneuerungswahlen beider Kammern der eidgenössischen Räte statt. Wir befinden uns daher im Wahlkampf – einer Zeit, in welcher die Kandidierenden den Forderungen der Bevölkerung aufmerksam zuhören und Interessensgruppen ihre Erwartungen äussern.

Der Informationsdienst Centre Patronal hat in der Juli-Ausgabe seiner Zeitschrift «Patrons» die wichtigsten Themen identifiziert, denen sich die künftigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier wohl zu stellen haben und seine dazugehörigen Überlegungen und Lösungsansätze erläutert. Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte:

Von Europa bis zur Klimapolitik: an bedeutenden Themen mangelt es nicht

Zu den prioritären Dossiers auf Bundesebene zählt die Frage der Beziehungen zum Ausland. Die Schweiz muss daran interessiert sein, auf globaler Ebene über gute Handelsbeziehungen zu verfügen und diese in allen Regionen der Welt durch ausgewogene Freihandelsabkommen kontinuierlich zu entwickeln. Gleichwohl sollte nicht vergessen werden, dass die Europäische Union der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist. In diesem Zusammenhang ist es ratsam, dass das Parlament das im vergangenen Jahr ausgehandelte institutionelle Rahmenabkommen ohne weitere Verzögerungen ratifiziert. Das vorliegende Abkommen stellt eine zufriedenstellende Grundlage für die Zukunft der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU dar und hievt diese auf eine zeitgemässe Basis.

Bei Arbeitsmarktthemen wird das neue Parlament ebenfalls stark gefordert sein. In einer Zeit, in der die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern kontrolliert und ein gesetzlich festgeschriebener Vaterschaftsurlaub eingeführt werden soll, fordern auch Unternehmen wie Angestellte Modernisierungen im in die Jahre gekommenen Arbeitsrecht. Die Gesetzgebung auf Bundesebene muss sich rasch an neue Formen und Arbeitsgewohnheiten anpassen, welche unter anderem den Status der selbständigen Unternehmer, flexible Arbeitszeiten und -plätze oder eine vereinfachte Erfassung der Arbeitszeiten adäquat berücksichtigt.

Ein «heisses» Thema für das neue Parlament wird die Klimapolitik sein. Ideologie, Übereifer und Ängste schei-

nen manchmal rationale Analysen zu lähmen. Die Politik ist in diesem Bereich aufgefordert, die erheblichen Anstrengungen zu berücksichtigen, welche in der Schweiz bereits unternommen worden sind. Weitere Fortschritte lassen sich nicht einfach durch Steuern und Abgaben «erkaufen»; diese bedrohen hingegen den Wohlstand der Schweiz, ohne das Klima wirklich zu verändern. Wir brauchen vielmehr eine Politik der Anreize, welche es den Unternehmen ermöglicht, entsprechende Zielvereinbarungen im Austausch gegen Steuererleichterungen abzuschliessen. Zudem sollten die CO₂-Reduktionsziele nicht ausschliesslich auf die Schweiz fokussiert werden, sondern primär dort Anwendung finden, wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis am besten ist.

Sorgen um die Zukunft des Gesundheitswesens und der Altersvorsorge

Dem Gesundheitsdossier, welches in der nationalen Politik einen prominenten Platz einnimmt, könnte hier ein ganzes Kapitel gewidmet werden. Die Kantone nehmen bei diesem Thema zwar eine Schlüsselposition ein, doch auch die Gesetzgebung auf Stufe Bund spielt eine wichtige Rolle. Hier sind Anpassungen erforderlich, die es erlauben, bestimmte Abläufe und Vorgehensweisen neu zu definieren und zu entflechten, insbesondere um dem fortschreitenden Systemwechsel von kantonal finanzierten stationären Behandlungen zu den von den Krankenkassen finanzierten ambulanten Behandlungen Rechnung zu tragen.

Schliesslich sei mit der Altersvorsorge noch ein Hauptanliegen der Bürgerinnen und Bürger erwähnt, einem Thema, bei welchem wahrscheinlich am dringendsten eine mutige und energische Reaktion des Gesetzgebers erforderlich ist. Angesichts der besorgniserregenden finanziellen Entwicklung der AHV und der beruflichen Vorsorge sind die geplanten Sanierungsprojekte zu zaghaft. Um politische Blockaden zu überwinden und echte Reformen herbeizuführen, ist es notwendig, über den Tellerrand hinaus zu schauen. Als Beispiel sei der Vorschlag erwähnt, der vorsieht, sich vom Begriff des «gesetzlichen Rentenalters» zu lösen und stattdessen für die Berechnung der Altersrente auf die geleisteten Beitragsjahre abzustellen.

Informationsdienst Centre Patronal / 7. August 2019

Eidgenössische Volksabstimmungen: Ein heisser Frühling steht bevor

Aufgrund der Wahlen ins eidgenössische Parlament im Herbst dieses Jahres gibt es 2019 keine eidgenössischen Volksabstimmungen mehr. Umso beladener wird das Abstimmungsmenü im Frühjahr 2020 sein. Nicht weniger als sechs eidgenössische Volksinitiativen dürften zur Abstimmung gelangen.

Initiative von MV und SVP praktisch gesetzt

Die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen finden aufgrund der Wahlen ins eidgenössische Parlament im Herbst 2019 am 9. Februar 2020 und am 17. Mai 2020 statt. Obwohl der Bundesrat die Agenda für diese Abstimmungen noch nicht festgelegt hat, deutet vieles darauf hin, dass Volk und Stände am 9. Februar über die Volksinitiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes MV «Mehr bezahlbare Wohnungen» abstimmen werden. Zudem wird höchstwahrscheinlich am 17. Mai über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» der SVP abgestimmt werden. Gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode 2019-2023 steht somit aufgrund der indirekten Verknüpfung dieser Initiative mit der Ratifizierung des institutionellen Abkommens der Schweiz mit der EU die «Mutter aller Schlachten» an.

Die Initiative der Mieterlobby «Mehr bezahlbare Wohnungen» verlangt zunächst, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Angebot an preisgünstigen Wohnungen fördert. Mit den Kantonen zusammen soll der Bund sicherstellen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen sich im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus befinden. Die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» will mit einem neuen Art. 121b in der Bundesverfassung «Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit» festhalten, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regelt. Nach den Übergangsbestimmungen soll innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme der Initiative die Schweiz mit der EU Verhandlungen anstreben, um das geltende Personenfreizügigkeitsabkommen ausser Kraft zu setzen.

Vier weitere Initiativen stehen in weniger als sechs Monaten an

Nach dem Frauenstreik vom 14. Juni dieses Jahres verabschiedete der Ständerat als Erstrat in der Sommer-

session einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative von Travail Suisse «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie». Während die Initiative einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von mindestens 4 Wochen fordert, sieht der Gegenvorschlag einen solchen von zwei Wochen vor. In der Volksabstimmung über diese Initiative, die zwischen Februar und Mai 2020 stattfinden dürfte, können - die Zustimmung des Nationalrats zum indirekten Gegenvorschlag vorausgesetzt - die Stimmenden zwischen der beschränkten Auswahl von zwei oder vier Wochen Vaterschaftsurlaub wählen.

Ebenfalls in der Sommersession lehnte der Nationalrat als Erstrat die beiden Volksinitiativen «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den Antibiotika-Einsatz als Prophylaxe» ab. Die erste dieser beiden Initiativen sieht vor, dass der Einsatz synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten ist. Die zweite Initiative zielt insbesondere darauf ab, Landwirtschaftsbetriebe von Direktzahlungen auszuschliessen, die Antibiotika in der Tierhaltung prophylaktisch einsetzen oder deren Produktionssystem einen regelmässigen Einsatz von Antibiotika nötig macht.

Schliesslich hat in der Sommersession der Nationalrat den Weg für den Rückzug der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» geebnet, indem er einen weniger restriktiven Gegenvorschlag seiner vorberatenden Kommission guthiess. Demnach sollen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz und die durch sie kontrollierten Unternehmen im In- und Ausland die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards respektieren.

Positionsbezug Centre Patronal

Centre Patronal empfiehlt die Volksinitiative des MV «Mehr bezahlbare Wohnungen» und diejenige der SVP «Für eine massvolle Zuwanderung (Beschränkungsinitiative)» abzulehnen. Dies im Verbund mit der quasi einstimmigen Unterstützung der anderen Wirtschaftsorganisationen. Auch die beiden Volksinitiativen in den

Sektoren Landwirtschaft und Ernährung werden abgelehnt.

In Bezug auf einen möglichen Vaterschaftsurlaub fordert das Centre Patronal eine flexiblere Handhabung der Arbeitsverhältnisse und befürwortet im Gegenzug einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub

Der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» soll ein weniger weit gehender Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden. Die Volksinitiative selbst wird entschieden abgelehnt.

Informationsdienst Centre Patronal / 31. Juli 2019

Weichen in der Altersvorsorge heute stellen

Sowohl die AHV als auch die berufliche Vorsorge kämpfen mit Finanzierungsschwierigkeiten. Eine Kombination von Massnahmen ist nötig, um die Sicherheit unserer Altersvorsorge längerfristig zu gewährleisten.

Unser Drei-Säulen-System der Altersvorsorge ist eine Erfolgsgeschichte. Weltweit beneidet man uns darum. Die Kombination aus Solidarität, gebundenem und selbstverantwortlichem Sparen macht es robust. Doch es steht auf einem wackeligen Fundament. Sowohl die erste Säule – die AHV – als auch die zweite Säule – die berufliche Vorsorge – weisen grosse Finanzierungslücken auf. Die längere Lebenserwartung, die grössere Anzahl Rentnerinnen und Rentner und die schwierige Situation an den Finanzmärkten führen zu Ungleichgewicht zwischen Ein- und Auszahlungen und Unterdeckungen. Handlungsbedarf ist dringend, wenn wir unsere Altersvorsorge sichern und nicht der jungen Generation einen Scherbenhaufen hinterlassen wollen.

Unsere Lebenserwartung ist gestiegen

Männer leben heute durchschnittlich sieben Jahre länger als bei der Einführung der AHV, Frauen sogar acht Jahre. Entsprechend länger beziehen sie jeweils eine Rente. An einem gleichen und zudem höheren Rentenalter für Männer und Frauen führt deshalb kein Weg vorbei. Gleichzeitig sind Anreize zu schaffen, die eine Ausdehnung der Erwerbstätigkeit über ein solches Referenzrentenalter hinaus begünstigen. Denkbar sind Freibeträge in der Lohnzahlung, von denen keine AHV-Abzüge erfolgen. Es muss möglich sein, auf diese Weise die AHV-Rente aufzubessern, was gerade für Menschen mit Beitragslücken entscheidend ist.

Allerdings werden wir auch nicht darum herumkommen, der AHV mehr Mittel zuzuführen. Die AHV-Steuervorlage, welcher die Stimmbevölkerung am 19. Mai zugestimmt hat, bringt zwar mit dem Finanzierungsbeitrag für die AHV kurzfristig eine Erleichterung. Aber selbst damit zeichnet sich im Jahr 2035 ein Loch von 23 Mrd. Franken ab, das es zu stopfen gilt. Dabei ist eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer vorzuziehen, da damit auch die aktuelle Rentnergeneration einen Beitrag an sichere Renten leistet und nicht nur die erwerbstätige Bevölkerung. Die Mehr-

wertsteuer-Erhöhung muss aber massvoll sein und nicht heute schon auf Vorrat erfolgen. Die 0.7 Prozent, die der Bundesrat vorschlägt, sind zu viel.

Umverteilung in der zweiten Säule stoppen

Auch für die zweite Säule sind neue Lösungen dringend. Um die Rentenversprechen einlösen zu können, die mit dem heute geltenden Umwandlungssatz von 6.8% abgegeben werden, müssen bereits jetzt Gelder der Erwerbstätigen zur Finanzierung der Renten der Pensionierten beigezogen werden. Dies ist im Rahmen der Pensionskassen, wo jeder sein eigenes Altersguthaben ansparen sollte, systemwidrig. Eine rasche Senkung des Umwandlungssatzes kann allerdings zu Härten für jene Menschen führen, die in den kommenden Jahren pensioniert werden und sich kein höheres Guthaben mehr erarbeiten können. Für sie ist deshalb eine Abfederung vorzusehen: Es braucht Massnahmen, die ihre Renten auf das Niveau ausgleichen, das sie vorher gehabt hätten. Indessen ist bei solchen Massnahmen klar zu unterscheiden zwischen jenen, die nur gerade im Rahmen des Obligatoriums versichert sind (heute rund 85'000 Franken) und solchen, die über gut gepolsterte Rentenguthaben verfügen. Dass die Allgemeinheit letztere im gleichen Umfang mitfinanzieren muss, kann nicht die Meinung sein.

In der zweiten Säule sind zudem weitere Massnahmen nötig, die es auch Personen mit tiefen Einkommen oder Teilzeitarbeitenden ermöglichen, eine eigene Altersvorsorge aufzubauen. Dies mag zwar kurzfristig die Löhne stärker belasten, ist aber längerfristig sinnvoll, weil es die finanzielle Eigenständigkeit im Alter stärkt. Um zu erreichen, dass ältere Arbeitnehmende länger im Arbeitsprozess bleiben können, müssen schliesslich die Lohnabzüge für die zweite Säule für diese Altersgruppe gesenkt werden.

In der nächsten Legislatur müssen die Weichen für unsere Altersvorsorge richtig gestellt werden. Es gilt, die Realitäten zu anerkennen und über die Parteigrenzen hinweg Hand für Lösungen zu bieten, wenn wir wollen, dass man uns im Ausland auch in zwanzig Jahren für unser System der Altersvorsorge beneidet.

Dr. Regine Sauter, Direktorin Zürcher Handelskammer, Nationalrätin (FDP)

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Brauerei Rosengarten AG
Spitalstrasse 14, 8840 Einsiedeln
www.einsiedlerbier.ch

Nr.	Datum	Sponsor			
511	24.01.2019	PI2 Process AG, Speerstrasse 22, 8853 Lachen	522	27.01.2020	Panorama Resort & Spa, Schönfelsstrasse, 8835 Feusisberg
512	22.02.2019	STEINAUER Kanalservice AG, Holzrüti 2, 8840 Einsiedeln	523	20.02.2020	Svito AG, Herrengasse 7, Postfach 558, 6431 Schwyz
513	26.03.2019	Tisel Lackiertechnik AG, Zugerstrasse 61, 6403 Küssnacht am Rigi	524	26.03.2020	EW Höfe AG, Schwerzistrasse 37, 8807 Freienbach
514	26.04.2019	Schweizerische Südostbahn AG, Bahnhofplatz 1a, 9001 St. Gallen	525	27.04.2020	
515	24.05.2019	Strüby Holzbau AG, Steinbislin 2, 6423 Seewen SZ	526	28.05.2020	bpp Ingenieure AG, Hochbau Tiefbau Umwelt GIS, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz
516	24.06.2019	PVA AG, Spektrum Holz, Talstrasse 8, 8852 Altendorf	527	26.06.2020	Strüby Holzbau AG, Steinbislin 2, 6423 Seewen SZ
517	26.08.2019	Brauerei Rosengarten AG, Spitalstrasse 14, 8840 Einsiedeln	528	27.08.2020	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6430 Schwyz
518	25.09.2019	Fröhlich Architektur AG, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon SZ	529	25.09.2020	Seedamm Plaza, Seedammstrasse 3, 8808 Pfäffikon SZ
519	25.10.2019	Garaventa AG, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau	530	27.10.2020	ebs Energie AG, Riedstrasse 17, 6430 Schwyz
520	22.11.2019	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	531	26.11.2020	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
521	19.12.2019	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach	532	17.12.2020	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Schwyz / Altdorf / Pfäffikon SZ